

INTERGLOBAL

MALI

Auf dem Weg in die Geisterstadt

Jörn Schulz

Eine Militärintervention in Nordmali wird vorbereitet. Doch die dort herrschenden Jihadisten werden nur als Sicherheitsproblem betrachtet, und eine politische Strategie zur Konfliktlösung gibt es nicht.

Wer ist schon Bill Gates? Der reichste Mann aller Zeiten ist er jedenfalls nicht. Dieser Titel gebührt Mansa Musa I., dem König von Mali, wenn man den Berechnungen von „Celebrity Net Worth“ Glauben schenkt. Die Methodik solcher „inflationbereinigten“ Kalkulationen ist immer fragwürdig. Belegt ist jedoch, dass sich der Goldmarkt Ägyptens und der Arabischen Halbinsel erst nach etwa zehn Jahren von der Anwesenheit Mansa Musa I. erholte, da dieser während seiner 1324 begonnenen Pilgerfahrt Unmengen des Edelmetalls ausgegeben und verschenkt hatte. Angeblich hat der König Malis damals jedem Einwohner Mekkas Goldstaub zukommen lassen.

Man darf davon ausgehen, dass Mansa Musa I. die weite Reise nicht allein aus Frömmigkeit unternahm. Der selbstbewusste Monarch repräsentierte eine aufstrebende islamische Großmacht, deren Reichtum auf der Gold- und Salzgewinnung sowie der Kontrolle über die Handelsrouten beruhte. Überdies wollte er Gelehrte für die zahlreichen Moscheen und Bildungseinrichtungen anwerben, deren Bau er in Auftrag gegeben hatte.

Knapp 700 Jahre später haben sich die Machtverhältnisse innerhalb der islamischen Welt gewandelt. Das Sinnbild des reichen Muslims ist nun der „Ölscheich“, dessen Pilgerfahrten zwar meist in westliche Luxushotels, Nachtclubs und Einkaufszentren führen, der aber von Monarchen mit

großem Sendungsbewusstsein regiert wird. Auf der Arabischen Halbinsel ist mit Saudi-Arabien eine islamische Großmacht entstanden, deren Herrscher im engen Bündnis mit den kleineren Golfmonarchien bemüht sind, ihre fundamentalistische Staatsdoktrin zu verbreiten. Nun geben das saudische Königshaus und reiche Geschäftsleute des Landes den Bau von Moscheen und Bildungseinrichtungen in anderen Staaten in Auftrag, die Lehrer und Prediger werden meist gleich mitgeliefert.

Nicht alle von ihnen sind Jihadisten, doch die meisten Jihadisten berufen sich auf den Wahhabismus, die saudische Staatsdoktrin, und sie haben sich in jüngster Zeit in theologischer Hinsicht weiter radikalisiert. Zuvor hatte, so bizarr es klingen mag, Osama bin Laden eine mäßigende Rolle gespielt. Im Gegensatz zu anderen al-Qaida-Führern lehnte er Angriffe auf die Gebetsorte muslimischer „Abweichler“ wie Schiiten oder Sufis ab, vor allem aus Sorge um das Image des Jihadismus. Die nun über Nordmali herrschenden islamistischen Gruppen, Ansar Dine, al-Qaida im Islamischen Maghreb (Aqmi) und die Bewegung für Monotheismus und Jihad in Westafrika (Mujao) kennen solche Bedenken nicht. Die Jihadisten zerstörten islamische Heiligtümer in Timbuktu.

Hier kämpfen moderne Extremisten gegen religiöse Traditionen. Im Mittelalter wäre es kaum jemandem in den Sinn gekommen zu bezweifeln, dass es Barakah gibt, Gott also bestimmten Menschen Segenskraft verleiht und es nützlich ist, sich in ihre Nähe zu begeben bzw. nach ihrem Tod ihre Gräber aufzusuchen, um an diesem Segen teilzuhaben.

Bis heute prägt diese Vorstellung den Glauben sehr vieler, wahrscheinlich der meisten sunnitischen Muslime. Doch die wahhabitisch beeinflussten Islamisten betrachten dies als „Götzendienst“, da nicht allein Gott angebetet werde.

Die USA und die EU werden die Intervention mit Trainingsmaßnahmen, logistischer Hilfe, Geld und Luftaufklärung, möglicherweise auch mit Spezialtruppen unterstützen.

Hinter der theologischen Strenge verbirgt sich ein Herrschaftsanspruch. Die Jihadisten haben aus Nordmali ein großes Umerziehungslager gemacht, um den „neuen islamischen Menschen“ zu schaffen. Den Stand der Dinge fasste Ivan Šimonović, Assistant Secretary-General for Human Rights der Uno, Anfang Oktober nach seiner Rückkehr aus Mali zusammen: „Grausame und inhumane Strafen, einschließlich Hinrichtungen, Verstümmelungen und Steinigungen, werden systematisch angewendet.“ In besonderem Maße betroffen seien Frauen, denen auch Bildung und Erwerbsarbeit untersagt würden. Überdies erstellten die Islamisten Listen von unverheirateten Frauen, die schwanger seien oder Kinder hätten, offenbar als Vorbereitung für eine Bestrafung.

Immer wieder kommt es zu spontanen Widerstandsaktionen. So pro-

testierten im September in Timbuktu Jugendliche und errichteten Straßensperren, nachdem eine Frau, der beim Wasserholen das Kopftuch verrutschte, ausgepeitscht worden war. In der gleichen Stadt demonstrierten Anfang Oktober hundert Frauen gegen den Schleierzwang, sie wurden mit Warnschüssen auseinandergetrieben.

Wer die Chance hat, verlässt die Region. Etwa 500.000 Menschen sind geflüchtet. Das hat zum Zusammenbruch der Wirtschaft beigetragen, den Halle Ousmane Cisse, der faktisch entmachtete Bürgermeister von Timbuktu, bereits im Juli beklagte: „Es gibt keinen Handel und keine Banken mehr. Die Verwaltung existiert nicht, die Islamisten haben alles geplündert. Timbuktu ist jetzt eine Geisterstadt.“ Die Dürre scheint zwar zu Ende zu gehen, in der diesjährigen Regenzeit waren die Niederschläge überdurchschnittlich. Doch „Flüchtlinge können nicht säen“, stellt Mbacke Niang, Leiter der Hilfsorganisation Oxfam in Mali, fest. Überdies werde die weitere notwendige Lieferung von Nahrungsmitteln von der jihadistischen Herrschaft im Norden erschwert.

Angesichts dessen ist man geneigt, Dioncounda Traoré, dem Übergangspräsidenten, Recht zu geben, der am Freitag vergangener Woche sagte, im Kampf gegen die Jihadisten dürfe „keine Sekunde“ verloren werden. Traoré sprach anlässlich eines Treffens in der Hauptstadt Bamako, bei dem Ende voriger Woche Repräsentanten von internationalen Organisationen und 20 Staaten über eine Intervention berieten. Am 12. Oktober hat der UN-Sicherheitsrat das Mandat für eine Militärintervention erteilt, ein Interventionsplan soll bis zum 26. November erstellt werden.

Wunschtraum einer
sozialen Bewegung:
Demonstration
am 11. April dieses
Jahres im Modibo
Keita Stadion in
der malischen
Hauptstadt Bamako.



FOTO: JOE PENNY

Die Grundzüge der Planung sind bereits bekannt. Die Kampftruppen sollen von der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) und der Afrikanischen Union (AU) gestellt werden, die USA und die EU werden die Intervention mit Trainingsmaßnahmen, logistischer Hilfe, Geld und Luftaufklärung, möglicherweise auch mit Spezialtruppen unterstützen. Die Rede ist von 3.000 Soldaten, eine für die Kontrolle eines Gebietes von der Größe Frankreichs zweifellos zu geringe Zahl. Doch das ist nicht das entscheidende Problem.

Wie vor jeder Militärintervention wird betont, es gehe um eine politische Lösung. An sich ist die Uno dem Prinzip der „due diligence“ (gebotene Sorgfalt) verpflichtet, sie darf Sicherheitskräfte, denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, nicht unterstützen. Im Süden Malis aber herrscht ungeachtet der Vereinbarungen über die Rückkehr zur Zivilherrschaft in letzter Instanz weiterhin die Junta, die sich im März an die Macht geputscht hat. In seinem Bericht kritisierte Ivan Šimonović auch die Haftbedingungen für Gegner der Putschisten und forderte Aufklärung über das Schicksal von etwa 20 verschwundenen Soldaten.

Die überwiegend jungen Offiziere genießen jedoch die Sympathie eines Teils der Bevölkerung, da sie als Geg-

ner der korrupten zivilen Oligarchie gelten. Sie erwecken derzeit nicht den Eindruck, als hätten sie es eilig mit der Rückkehr in die Kasernen. Wie die Interventionsmächte mit den instabilen Machtverhältnissen im Süden umgehen wollen, scheint bislang nicht einmal diskutiert worden zu sein.

In Vergessenheit ist offenbar auch geraten, dass es ursprünglich Tuareg-Guerilleros waren, die die malische Armee aus dem Norden vertrieben. Die Kämpfer der Nationalbewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) wurden dann ihrerseits von den Jihadisten vertrieben. Derzeit ist von der MNLA wenig zu hören, doch in Warlord-Konflikten kann sich das Kräfteverhältnis schnell ändern. Vor allem aber ist die Lösung der Probleme, die zur Rebellion führten, von Bedeutung. Der Norden ist bei der Verteilung der Ressourcen immer benachteiligt worden, und es gibt im Süden rassistische Ressentiments gegen die Tuareg - wie auch im Norden gegen die Schwarzen.

Zu den Erfolgen der arabischen Revolten gehört, dass in Nordafrika nun zumindest in der Demokratiebewegung über Rassismus diskutiert wird. In Mali, wo die sozialen Bewegungen relativ stark sind, wären die Voraussetzungen für eine solche Debatte vorhanden. Doch die Militarisierung

des Konflikts im Norden hat die Ressentiments gestärkt und eine nationalistische Abwehrhaltung gefördert.

Der UN-Sicherheitsrat hat in seiner immerhin vierseitigen Resolution die Tuareg-Problematik nicht einmal erwähnt. Nordmali gilt als Sicherheitsproblem, weil dort Stützpunkte für den globalen Jihad entstehen könnten. Diese Befürchtung ist berechtigt, das zeigte zuletzt das Beispiel Somalias. Dort wie auch in Afghanistan wird jedoch deutlich, dass die „internationale Gemeinschaft“ von Jihadisten vor allem erwartet, westliche Sicherheitsbedürfnisse zu berücksichtigen. Erklären sie sich dazu bereit, können sie als „Gemäßigte“ bei der Neuverteilung der Macht auf Posten hoffen.

Überdies halten die westlichen Regierungen eisern an ihrem Bündnis mit den Golfmonarchien fest, obwohl bekannt ist, dass die Jihadisten von dort nicht nur ihre Lehren, sondern auch Geld und in vielen Fällen Waffen erhalten. Damit stellt der Westen sich faktisch auf die Seite fundamentalistischer Diktaturen, die mit einer aggressiven Außenpolitik ihre Interessen in der islamischen Welt durchzusetzen versuchen. Ob die westlichen Regierungen tatsächlich nicht erkannt haben, dass sie bald gegen die Verbündeten ihrer Verbündeten intervenieren werden, bleibt unklar. Das Ergebnis ist jedoch, dass als „politische

Lösung“ allein die Wiederherstellung der territorialen Integrität Malis und die Bekämpfung von al-Qaida gilt.

Religions- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter und der Bevölkerungsgruppen sowie Armutsbekämpfung wären die zentralen Elemente einer wirklichen politischen Lösung. In stärkerem Maß als andere Länder ist Mali jedoch auch aufgrund von äußeren Einflüssen zum „failed state“ geworden. Zunächst ermöglichten Söldner und Waffen aus Libyen der MNLA eine Offensive, dann folgte die wahhabitische Intervention. Dass Anfang Oktober zwei weitere Mausoleen in Timbuktu zerstört wurden und im Norden wohl bald die letzten Reste des alten Reiches Mali verschwunden sein werden, ist daher nicht nur von historischem Interesse. Es geht auch um die Zukunft der islamischen Welt, der bigotte Fanatiker ihre Dogmen aufzwingen wollen.

Jörn Schulz ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Jungle World“, mit der die woxx seit vielen Jahren kooperiert.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion und Layout:** Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • **Druck:** c. a. press, Esch • **Einzelpreis:** 2,00 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 85 € (Ausland zzgl. 32 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 40 € • **Konto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • **Recherchefonds:** Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • **Post-Adresse:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • **E-Mail:** woxx@woxx.lu • **URL:** www.woxx.lu • **Tel.** (00352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79